

Hamburger Echo.

Abonnementpreis (inkl. 'Die Neue Welt' und 'Die arbeitende Jugend') durch die Post bezogen ohne Frachtposten monatlich 1.20, vierteljährlich 3.50; durch die Kolportage wöchentlich 30 Pfennig...

Redaktion: Fehlandstraße 11, I. Stod. Hamburg 36 Expedition: Fehlandstraße 11, Eidelhofshof. Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersen in Hamburg.

Anzeigen die festgesetzte Beilage über deren Raum 35 A. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 20 A. Anzeigen-Ausschuss Fehlandstr. 11, Eidelhofshof, in den Abteilungen (bis 4 Uhr nachm.), sowie in allen Anzeigen-Büros. Nach dem Anzeigenvermerk ohne Verbindlichkeit. Reklamen im reaktionellen Teil werden gegen Gebühr aufgenommen.

St. Pauli einschl. Schanzengraben bei Herrn. Koenen, Sophienstr. 44. Gimbsbüttel, Langenfelde bei Carl Drepper, Fruchtallee 42. Hohelst, Eppendorf, Groß-Vorfeld und Winterhude bei Ernst Grohkopf, Lehweg 51. Barnbeck, Uhlenhorst bei Theodor Peteret, Bachstr. 12. Hohenfelde, Vorpelde, Hamm, Horn, Schiffed und Billwärder bei Carl Ortel, Baustr. 26. Hammerbrook bis Alstertal bei Wilhelm bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 93. Notenburgort und Veddel bei Th. Meiner, Lindestr. 85. Eilbek, Wandsbek, Hirschfeld und Ost-Barnbeck bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34. Altona bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 118. Ottenhof, Bahrenfeld bei Joh. Heine, Bahnenfeldstr. 129.

Siezu eine Beilage.

Die neue Nebenregierung.

Die Finanzkommission des Reichstages, in der zuletzt Junker und Pfaff mit ihren Anhängern aus dem Vollen arbeiteten, hat, wie aus einem unerhofflichen Füllhorn, einen förmlichen Platzregen von neuen Steuern über das geduldige Deutschland niedergehen lassen. Wenn es so fort geht, kommen wir wieder auf das Steuerwesen der alten preussischen Könige zurück, welche die Güte, die Verträge, die Strimpfe, die Siefel, die Pantoffeln und hundert andre Gebrauchsgegenstände ihrer Untertanen mit besonderen Abgaben belegten und so die Köpfe für 'lange Kerle' und andre Liebhabereien zusammenbrachten.

Die Vorgänge in der Finanzkommission erinnern sehr lebhaft an einen andern, der sich vor etwa neun Jahren in der Budgetkommission des Reichstages abspielte. Bis dahin hatte die Zentrumspartei aufs lebhafteste die 'unverlöbte' Flottenpolitik bekämpft und mehr als einmal erklärt, die Mittel Deutschlands reichen nicht aus, um zugleich ein großes Landheer und eine Schlachtflotte ersten Ranges zu unterhalten.

Die Zentrumspartei hat sich in der Finanzkommission wieder als die 'unverlöbte' Flottenpolitik bekämpft und mehr als einmal erklärt, die Mittel Deutschlands reichen nicht aus, um zugleich ein großes Landheer und eine Schlachtflotte ersten Ranges zu unterhalten. Die Zentrumspartei hat sich in der Finanzkommission wieder als die 'unverlöbte' Flottenpolitik bekämpft und mehr als einmal erklärt, die Mittel Deutschlands reichen nicht aus, um zugleich ein großes Landheer und eine Schlachtflotte ersten Ranges zu unterhalten.

Die Zentrumspartei hat sich in der Finanzkommission wieder als die 'unverlöbte' Flottenpolitik bekämpft und mehr als einmal erklärt, die Mittel Deutschlands reichen nicht aus, um zugleich ein großes Landheer und eine Schlachtflotte ersten Ranges zu unterhalten. Die Zentrumspartei hat sich in der Finanzkommission wieder als die 'unverlöbte' Flottenpolitik bekämpft und mehr als einmal erklärt, die Mittel Deutschlands reichen nicht aus, um zugleich ein großes Landheer und eine Schlachtflotte ersten Ranges zu unterhalten.

Die Zentrumspartei hat sich in der Finanzkommission wieder als die 'unverlöbte' Flottenpolitik bekämpft und mehr als einmal erklärt, die Mittel Deutschlands reichen nicht aus, um zugleich ein großes Landheer und eine Schlachtflotte ersten Ranges zu unterhalten. Die Zentrumspartei hat sich in der Finanzkommission wieder als die 'unverlöbte' Flottenpolitik bekämpft und mehr als einmal erklärt, die Mittel Deutschlands reichen nicht aus, um zugleich ein großes Landheer und eine Schlachtflotte ersten Ranges zu unterhalten.

Die Zentrumspartei hat sich in der Finanzkommission wieder als die 'unverlöbte' Flottenpolitik bekämpft und mehr als einmal erklärt, die Mittel Deutschlands reichen nicht aus, um zugleich ein großes Landheer und eine Schlachtflotte ersten Ranges zu unterhalten. Die Zentrumspartei hat sich in der Finanzkommission wieder als die 'unverlöbte' Flottenpolitik bekämpft und mehr als einmal erklärt, die Mittel Deutschlands reichen nicht aus, um zugleich ein großes Landheer und eine Schlachtflotte ersten Ranges zu unterhalten.

Gelegenheit im Reichstage 'seine Stellungnahme klarlegen', so wird niemand, der die Dinge einigermaßen zu überschauen vermag, auf diese Klarlegung neugierig sein. 'Staatsmännische' Gierträge haben den Reiz der Neuheit dem doch verloren und 'ziehen' nicht mehr.

Kürstig Bülow hat nur noch die Wahl, die jetzt wieder mit der Zentrumspartei verbundenen und dadurch mächtig gewordenen Zentrumsmehrheiten als 'Nebenregierung' anzunehmen, resp. sich von ihnen regieren zu lassen, oder die ganze 'Finanzreform' fallen zu lassen und abzuwarten.

Da haben wir wieder die alte preussisch-deutsche Herrlichkeit. Gegen die Opposition, die von den Linken ausgeht, ist die Regierung jederzeit schroff und scharf. Mietet man ihr zu, wegen eines von der Linken durchgeführten Beschlusses abzutreten, so wird das von der 'ausgesessenen' Presse jederzeit mit Wohlgefallen abgewiesen; vor einer Mehrheit aus Junkern und Pfaffen aber hat man dort den geziemenden Respekt, und ein Kanzler, der sich nicht fügt, der fliegt. So sind wir nach den großen Novemberdebatten im Reich wieder so weit, daß das Reich und dessen Regierung von einer Nebenregierung regiert werden. Unter einem eventuellen Nachfolger Bülows wird das nicht besser werden.

Wahrlich, die herrschenden Klassen arbeiten mit ungeheurem Eifer an ihrer Abwirtschaffung!

Politische Uebersicht.

Was die Regierung will.

Ueber die Stellung der Reichsregierung zu den von der konservativ-liberalen Koalition beschlossenen Steuern will die 'Nationalzeitung' von 'ununterrichteter Seite' erfahren haben, daß die Regierung entschlossen sei, die Kotierungsteuer, die Erbschaftsteuer und die Kohlenausfuhrsteuer mit aller Schärfe zu bekämpfen.

Die Kotierungsteuer entspreche der Forderung der verbundenen Regierungen nach 100 Millionen Reichsmark aus dem Grunde nicht, weil sie nicht allgemein wirkt. Eine Steuer, die in einseitiger Weise ein einzelnes Gewerbe belastet, sei keine Besteuerung. Die Kotierungsteuer könne aber weder als Ersatz für die Erbschaftsteuer, noch überhaupt als Besteuerung in Betracht kommen. Sie müsse von der Regierung abgelehnt werden. Was von den 100 Millionen die Erbschaftsteuer nicht decken könne, sei durch allgemeine Besteuerungen zu ergänzen und nicht durch einseitige Belastung von Handel und Industrie. Dabei bleibe es.

Die Kohlenausfuhrsteuer sei im Reichstage verlangt worden als eine notwendige Maßregel zum Schutze des heimischen Betriebes. Da es aus diesem Grunde verweist sei, sei in der Finanzkommission hienach gearbeitet, wie der Schatzreferent in der Budgetkommission nachdrücklich betont hat, sei für die verbundenen Regierungen im Rahmen der Finanzreform gleichfalls nicht annehmbar.

Die Kohlenausfuhrsteuer endlich würde in der ganzen Konstitution der Grunderwerbsteuer in unzulässiger Weise eingreifen. Da die Kohlen sich selbstverständlich auf die Konsumenten abwälzen würden, würde eine Verteuerung des inländischen Kohlenmarktes die unermessliche Folge sein. Die Regierung wird auch hier nicht mitgehen.

Aufs bestimmte wird dem national-liberalen Blatte versichert, daß der Reichskanzler, dessen Stellung zu diesen drei Steuern sich mit den hier wiedergegebenen Ausführungen deckt, aus dieser Position nicht weichen werde. Daran könne man sich unbedingt verlassen. Einmal mehr bedeutet eine Berliner Meldung der 'Köln. Ztg.' an Sie folgt:

Daß die konservativ-liberalen Steuerreform-Vorschläge, wie sie aus der Budgetkommission hervorgegangen sind, auf den selbstbewußten und entschiedenen Widerspruch der Regierung stößen würden, wird angezweifelt und vielmehr der Meinung Ausdruck gegeben, daß der Regierung nichts anderes übrig bleiben werde, als sich loblich zu unterwerfen. Nach sehr ersten Mitteilungen, die ich aus maßgebenden Kreisen erhalte, könnten die konservativen hierbei die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben, die Regierung scheint immer mehr zu Einsicht zu kommen, daß ein weiches Vergehen gegen die liberal-konservativen Forderungen unmöglich und mit dem Staatswohl und der Verantwortung vor der Geschichte unvereinbar ist. Die entscheidenden Erklärungen in diesem Sinne in der nächsten Zeit erfolgen werden, ist noch nicht zu übersehen und nicht wahrheitsgemäß, jedenfalls aber wird der Reichskanzler lediglich bei Zustimmung des Reichstages seinen Standpunkt ausdrücklich darlegen, und dieser wird, wie aus bestimmten Versichern wird, teils als eine Kapitulation vor den Forderungen der konservativen bedeuten.

Beide Ausführungen klingen sehr bestimmt, nur binden sie Bülow keineswegs und bis der Reichstag wieder zusammentritt, kann er sich abermals anders befinden haben, wenn die in diesen konferenzen Verhandlungen mit den Parteien, vor allem mit den konservativen nicht das von Bülow gewünschte Resultat haben. Für ihn war es sehr bedeutsam, die konservativ-liberalen Steuerreform sich erst einmal 'ausreden' zu lassen. Aber hinterher ist das Einreden um so schwerer. Aber bei dieser Zeit ist wohl die Erwägung mitbestimmend, die Liberalen noch mehr einzuschüchtern, um sie geneigter zu machen, den konservativen Wünschen noch weiter entgegenzukommen.

Durchsicht der Steuerentwürfe auch im Plenum. Die 'Kreuzzeitung' gibt einen Uebersicht über die Vorschläge der Budgetkommission des Reichstages. Zusammenfassend hat sie folgendes herab:

An Aufwands- und Verbrauchsteuern enthielt der Regierungsvorschlag folgende Positionen:

Table with 2 columns: Item and Amount. Includes: Bier (100 Millionen Mark), Branntwein (70), Tabak (100), Wein (100), Elektrizität und Gas (50), Anzeigen (33), Spiritus (80), Zoll für ausländische Spirituosen (10), Parfüm (93), Tabak (47), Schaumwein (5), Glühwürmer (20), Handwaren (25), Kaffee und Tee (87), Mühlenmehl (10), Kohlenausfuhr (25), Aufrechterhaltung der Fabrikantensteuer (20).

Die sämtlichen Beträge, die in die obige Rechnung eingestellt sind und zusammen 389 Millionen Mark ergeben, sind auch von den Vertretern der verbundenen Regierungen als richtig berechnet anerkannt worden. Einem grundsätzlichen Widerspruch begegnen nur die Vorschläge unter h und i, betreffend Mühlenmehlsteuer und Kohlenausfuhrzoll in Höhe von zusammen 35 Millionen. Auch für diese Vorschläge ist ebenso wie für die übrigen eine Mehrheit im Reichstage gesichert.

Diese Mehrheit besteht nach der Berechnung der 'Kreuzzeitung' aus: den Deutschkonserativen mit 61 Mitgliedern dem Zentrum 106, der Reichspartei 26, der Wirtschaftlichen Vereinigung 24 und der Deutschen Reformpartei 24. Zusammen 216 Mitglieder.

also 17 über die absolute Mehrheit. Das Zentrum-Organ meint nun: 'Kurze Plenarberatungen können dieses Verdict nicht bis zum 1. Juli zu umzusetzen bringen; die Mehrheit im Plenum ist dafür hochwichtig. Voraussetzung ist nur, daß auf den Gehet der sogenannten 'Reichspartei' nicht noch in letzter Stunde eine Störung eintritt.'

Zu knapp zwei Wochen möchte also die 'Kreuzzeitung' die ganzen Steuerentwürfe im Plenum des Reichstages erledigen. Das wäre nur möglich, wenn der neue Bund abhört eine Meinung und entschlossen die Minorität in ihrem Widerstande einfach zu überwinden. Dazu ist aber die Mehrheit viel zu gering und auch keineswegs in allen Einzelheiten gesichert. Außerdem stehen aber noch die neuen Steuerentwürfe der Regierung aus, vor allem die Erbschaftsteuer, die der 'Kreuzzeitung' nur noch als 'Störung in letzter Stunde' erscheinen. Es wäre ja so schön — für Junker und Pfaffen, wenn das ganze von ihnen gemeinsam mit dem Zentrum gebundene Steuerwerk ohne viele Umstände zur Annahme gebracht werden könnte. Aber so glatt, wie die 'Kreuzzeitung' sich die Sache ausmal, wird es doch nicht gehen.

Sydhon, der Mann der Konservativen.

Daß die Konservativen mit dem Schatzreferent Sydhon durchaus zufrieden sind, läßt sich begreifen. Hat er doch den Matadore des neuen Blods bereitwillig die Unterlagen für ihre Steuerentwürfe geliefert. Die 'Konservative Korrespondenz' befreit daher nachdrücklich, daß in diesen Tagen oder auch in den nächsten Wochen an einem Wechsel in der Leitung des Reichsfinanzamtes zu denken sei. Das offizielle Organ der konservativen Partei stellt sojann Herrn Sydhon folgendes Zeugnis aus:

Am 26. Juni hat gerade die entschlossene und entschiedene Mitarbeit des Reichsfinanzamts bei der Gestaltung der Finanzkommissionen die bis zum letzten Augenblicke der Finanzkommission zu beobachten gewesen ist, für alle objektive Urteile den besten Beweis gegeben, daß der Reichsfinanzreferent Sydhon entschlossen und gewillt ist, die ihm im Februar 1908 durch Allerhöchste Verträge übertragenen nationalen Aufgabe der Ordnung der Reichsfinanzen unter allen Umständen bald zu einem weite Kreise des deutschen Volkes befriedigenden Abschluß zu bringen, ohne Rücksicht auf irgendwelche vorübergehende Parteipositionen, denen gegenüber er sich immer treu verfassungsgemäß vollkommen freie Hand gewahrt hat.

Verdient hat Herr Sydhon diese 'Vereidigung', die im Grunde doch nichts anderes ist, als ein bösartiger Hohn auf ihn und die gesamte Reichsregierung.

Proteste gegen die Steuerentwürfe.

Der Zentralausschuß der Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine hat in seiner Plenarsitzung vom 2. Juni, in dem 106 dem Zentralausschuß angehörende Vereine und Verbände durch ihre Delegierten vollständig vertreten waren, einstimmig eine Erklärung beschlossen, in der es heißt:

Die Finanzkommission hat, ansicht große tragfähige Steuerentwürfe heranzuziehen und den Reichstag durch eine alle Leistungsfähigen Schultern treffende Nachlaststeuerung zu bedenken, in einer in der politischen Wirtschaftsgeschichte bis jetzt unvorhergesehenen Art der Vorkommnisse einzelne Gewerbegebiete herauszugreifen und diese mit Steuern bedrohen, deren Betrag in keinem Verhältnis stünde zu der damit verbundenen Verteuerung, Verflüssigung und Verschlechterung, und deren Konsequenzen für Hersteller, Arbeiterbesitzer und Kleinrentner freilich unüberschaubar wären; sie hat die Gelegenheit benützt, um den Versuch zu machen, nicht nur das mobile Kapital, sondern auch die Börse empfindlich zu treffen und damit den Lebenskreis unserer Volkswirtschaft sohm zu legen oder zu unterbinden; sie hat schließlich in dem Entschlusse auf Einführung einer geschaffenen Mühlenmehlsteuer in die Reichsfinanzreform eine reine Interessenpolitik dienende Erbschaftsteuer eingeführt, die zwar nicht ihren Zweck erreichen, wohl aber die Verteuerung des Mehl- und die Verteuerung der Vermählung nach dem Auslande herbeiführen würde. Sie hat also die weitere Verteuerung des Weingeistes, des wichtigsten Nahrungsmittels der breiten Massen des Volkes, auch bei dieser rein finanz- und nationalpolitischen Gelegenheit zu fördern gesucht. Nach alledem hält es der Zentralausschuß an der Zeit, daß Handel, Industrie, Groß- und Kleinrentner ihre bisherige Reserve aufgeben und sich zu einer geschlossenen Kampforganisation zusammenfinden.

Murren im Zentrum.

Das Zusammenarbeiten des Zentrums mit den Konservativen an der großen neuen Volksbelastung, das von den großen Herren und sonstigen Agrariern im Zentrum betrieben wird, erregt nicht nur in katolischen Arbeiterkreisen, sondern auch in den fleißigen Kreisen des Zentrums Mißmut und Unzufriedenheit. Die 'Weiß. Rundschau' gibt dem in einem Artikel 'Reaktionärer Vorkamr' ungewöhnlich Ausdruck:

Der Zentrum, die nach der Opfer vor der Gefahr einer schweren Niederlage standen, ist es jetzt mit Hilfe ihrer abligen Freunde aus dem Zentrum gelungen, liberal-freigleich vorzugehen. Auf dem Behre der preussischen Finanzreform sind sie heute schon die unbesiegbaren Sieger, und hier haben sie den Triumph ihrer Macht voll ausgekostet. Auch die Finanzreform im Reich soll gemacht werden, wie die Junker wollen. Die Finanzkommission des Reichstages hat... die bereits beschlossene Verteuerung der Liebesgabe abermals bestätigt. Das gehört zu dem ganzen Wille. Während aber die Junker sich selber grohmütig Geschenke machen, um gleichzeitig mit dem Reich aus ihren eigenen Bedarf an Kleingeld zu decken, bewilligen sie nicht einen gröhmütig aus den Taschen der Massen eine Verbrauchsgabe nach der andern; ja, sie können es gar nicht erwarten, bis sie von der Regierung darum gebeten werden, sondern bringen selber immerfort Anträge auf Einführung indirekter Steuern ein.

Dieser Tadel wird die maßgebenden Zentrumsführer freilich nicht bewegen, von ihrer verwerdlichen Tätigkeit abzulassen. Auch im Zentrum ist Agrarisch Zentrum, und wenn die Klagen ungenügend werden, dann müssen die Geistlichen sie wieder zur Ruhe bringen.

Wieviel Tribut zahlt das deutsche Volk den Agrariern?

Angesichts des heftigen Bemühens der Agrarier, die Finanzreform aus andrer Hand zu ziehen, dürfte es angebracht sein, die breite Öffentlichkeit einmal darüber aufzuklären, welche ungeheure Summen diese Agrarier aus der Tasche des deutschen Volkes in Form von Getreidezöllen einziehen.

Table with 2 columns: Item and Amount. Includes: Weizen (37.5 Millionen D-Mrk), Roggen (107), Malzgerste (30.5), Hafer (77), zusammen (389 Millionen Mark).

Die deutschen Zölle betragen für Weizen 4.550, Roggen 5, Malzgerste 4, Hafer 5. Daß die deutschen Getreidepreise durchgehends um den Zoll höher sind als die Getreidepreise der zollfreien Länder ist längst

bewiesen und zeigt übrigens folgende Gegenüberstellung: Die heutigen Preise sind durchschnittlich: in London in Berlin für Weizen 20,30 27,30, Roggen 14,80 19,75, Malzgerste 16, 19,50, Hafer 18,50 18,40.

Das deutsche Volk zahlt also für das unentbehrliche Nahrungsmittel fast genau um den deutschen Zoll mehr als englische Volk und dieser Zoll fließt voll in die Taschen der Agrarier. Er beträgt für: Weizen 206 Mill. Mark, Roggen 535, Malzgerste 122, Hafer 385, zusammen 1248 Mill. Mark.

Rechnet man davon den eigenen Verbrauch der Landwirtschaft ab mit rund 30 pSt. oder 375 Millionen Mark, so bleibt immer noch die enorme Summe von 873 Millionen Mark übrig, welche die Landwirtschaft in der Tasche fließt und von der übrigen Bevölkerung des Reichs getragen wird, von der Bevölkerung, der man jetzt noch 400 Millionen neue indirekte Steuern ausbeutet hat, während die Herren vom Lande, die Landwirte, den Anhang Himmel und Erde in Bewegung legen, um den verhältnismäßig kleinen Anteil, den sie an dem von der Regierung geforderten 100 Mill. Beihilfer in Form einer Nachlaststeuer zu tragen hätten, von sich abzuwenden.

Zu den 873 Millionen aus den Getreidezöllen sind noch diejenigen Profite zu rechnen, welche die Herren aus der Branntweinsteuer ziehen (Liebesgabe), sowie die vielen Millionen als Folge der Zölle auf Fleisch und Vieh, Obst, Gemüse etc. etc. So freffen die Agrarier am Marke der Nation. Und diese Schmarotzerei lehnt sich dagegen auf, daß das Reich ein kleines Opfer in der Form einer Erbschaftsteuer von ihnen verlangt!

Das agrarische Geschäft mit den Einfuhrzöllen.

Für das nach dem Auslande ausgeführte Getreide erhalten die Agrarier den Zoll in Form sogenannter Einfuhrzölle vergütet, als ob es sich um Wiederausfuhr eingeführten Getreides handelte, während sie in Wirklichkeit den Zoll gar nicht bezahlt haben. Wie wir schon früher nachweisen, wird damit den Agrariern ein bizarrer Gewinn gemacht. Sie können die Einfuhrzölle, die an der Börse gehandelt werden, verkaufen, und der Erwerber kann damit den Zoll für andre eingeführte Produkte bezahlen, das heißt, dem Reich entgeht dafür der Zoll; den teilt der ausführende Agrarier in die Tasche. Wie lukrativ das angenehme Geschäft ist, dafür bringt die 'Weiß. Ztg.' einige interessante Angaben: Nachdem im vorigen Etatsjahre nicht weniger als 99,26 Millionen Mark, die an Einfuhrzöllen aufgenommen waren, mittels Einfuhrzöllen beglichen worden waren gegen 53,96 Millionen im Etatsjahre 1907, ist im ersten Monat des neuen Etatsjahres, dem April, ein Holbtag von 8,72 Millionen Mark durch Einfuhrzölle beglichen gegen 5,06 Millionen Mark im April 1908 und 4,15 Millionen Mark im April 1907. Seit Beginn des laufenden Jahres beträgt die Summe 34,32 Millionen Mark gegen 23,00 im Jahre 1908 und 10,99 im Jahre 1907, also bisher 11,32 Millionen Mark mehr als im Vorjahre. Von den angeführten Einfuhrzöllen lasteten im April dieses Jahres für nicht weniger als 494 Millionen Mark über Roggen, 1,23 Millionen Mark über Hafer, so daß auf diese drei Getreidearten allein ein Wert von 5,94 Millionen Mark bei der Einfuhr durch Einfuhrzölle vergütet ist. Umgekehrt ist bei der Einfuhr der Zoll mittels Einfuhrzöllen beglichen beim Weizen in Höhe von 5,26 Millionen Mark, beim Hafer in Höhe von 1,01 Millionen Mark, beim Roggen in Höhe von nur 0,70 Millionen Mark, beim Getreide in Höhe von 0,56, beim Kaffee in Höhe von 0,51 und beim Erdöl in Höhe von 0,45 Millionen Mark. Der gesamte Zoll für den eingeführten Roggen betrug 0,71 Millionen Mark, ist also mit Ausnahme eines ganz kleinen Betrages durch Einfuhrzölle bezahlt. Im ganzen hat das Deutsche Reich in dem einen Monat April für den ausgeführten Roggen 4,25 Mill. Mark mehr an Einfuhrzöllen vergütet, als es für den eingeführten Roggen an Zoll eingekommen hat. Dabei sind die Konsumenten im Deutschen Reich durch die Roggenausfuhr 850 000 Doppelzentner dieser Vorkauf verloren gegangen.

Liberal-bünderlicher Krach bei der Wahl.

Im freigeordneten Reichstagswahlkreis 12, die Stadt-Bandau scheinen die National-liberalen doch gegen den bürgerlichen Stachel lösen zu wollen. Wie schon mitgeteilt, verlangt der Bund der Landwirte, daß der Kandidat — falls man den National-liberalen die Präsentation des Kandidaten überlassen sollte — in wirtschaftlichen Fragen das Programm des Bundes anerkennt und sich insbesondere in der Frage der Reichsfinanzreform auf dem Boden der agrarischen Anschauungen stellt. Eine entsprechende Resolution, die auf einer Vertrauensministerkonferenz des Bundes, die am Freitagabend tagte, einstimmig angenommen wurde, gibt der freitags-liberalen 'Neuen Völkzeitung' in Neustadt in ihrer Nummer vom 2. Juni Veranlassung zu folgender, nicht mißzuverstehender Abgabe an die Wähler:

Der Pfingstbesuch der Wähler bedeutet in unserem Wahlkreis eine reichliche Erhebung zwischen rechts und links, die längst hätte kommen müssen. Wir glauben nicht, daß der größte Teil der vorderpolitischen Bauern diese Politik des Liberalen in der Wahl nicht weniger als 494 Millionen Mark über Roggen, 1,23 Millionen Mark über Hafer, so daß auf diese drei Getreidearten allein ein Wert von 5,94 Millionen Mark bei der Einfuhr durch Einfuhrzölle vergütet ist. Umgekehrt ist bei der Einfuhr der Zoll mittels Einfuhrzöllen beglichen beim Weizen in Höhe von 5,26 Millionen Mark, beim Hafer in Höhe von 1,01 Millionen Mark, beim Roggen in Höhe von nur 0,70 Millionen Mark, beim Getreide in Höhe von 0,56, beim Kaffee in Höhe von 0,51 und beim Erdöl in Höhe von 0,45 Millionen Mark. Der gesamte Zoll für den eingeführten Roggen betrug 0,71 Millionen Mark, ist also mit Ausnahme eines ganz kleinen Betrages durch Einfuhrzölle bezahlt. Im ganzen hat das Deutsche Reich in dem einen Monat April für den ausgeführten Roggen 4,25 Mill. Mark mehr an Einfuhrzöllen vergütet, als es für den eingeführten Roggen an Zoll eingekommen hat. Dabei sind die Konsumenten im Deutschen Reich durch die Roggenausfuhr 850 000 Doppelzentner dieser Vorkauf verloren gegangen.

So energisch, wie diese Worte klingen, so edel liberal klingt der Artikel nach unerschütterter Schmachlappentanz aus: 'Der Wahlkampf... muß so geführt werden, daß alles persönliche Streben ausgeschaltet wird und daß zwischen Liberalen und Bund noch der Weg einer Verständigung für die Stichwahl offen bleibt.'

Entscheidend und kampfschlüssiger drückt sich die allliberale 'Völkzeitung' in der Bundesversammlung aus. Sie schreibt: 'Sie (die Resolution) ist ein gutes Beispiel für die Annahme der Bundesführer und für die jesuitischen Geplogenheiten, die im Bund der Landwirte immer mehr in Geltung kommen. ... Die Resolution kommt einer Kriegs-erklärung gleich und es wird im Wahlkreise Neustadt-Bandau zum Kampf kommen, der infolge des bürgerlichen Uebermutes und des Unmaßes, das es sich für die National-liberalen um die Behauptung des letzten pfälzischen Mandats handelt, voraussichtlich sehr erbittert geführt werden wird.'

Es wird weiter darauf verwiesen, daß der Wahlkampf nicht ohne Einfluß auf die nächsten Wahlen sein wird, dann heißt es in Bezug auf die Kandidatur Koedde in Kaiserlautern: 'Daß die Liberalen eine Kandidatur Koedde nicht zum dritten Male zulassen werden, darüber ist man sich wohl auch beim Bund klar. ... Von parteipolitischen Standpunkt ist es sogar erwünscht, wenn es zu einer Klärung der beiden festigen Machtverhältnisse käme.'

Nach diesen Freßführungen erweist die Stellung zum bürgerlichen Bund und Liberalen unüberwindlich, wenn nicht im letzten Moment die Liberalen doch noch den Rest der Bunds machen. Christliche und freie Gewerkschaften. Von den Verhandlungen des Evangelisch-sozialen Kongresses ist noch jene zu erwähnen, die sich mit dem Thema 'Christliche Erhebungen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung' befaßte. Referent war August Schmeckeler-Berlin. Der Herr ist von der Gewerkschaft